

Berlin, 07.05.2013

PRESSEMITTEILUNG

Mittelkürzungen beim Familienplanungszentrum – BALANCE gefährden Versorgung von Kindern und Jugendlichen, Behinderten und Migrantinnen in Berlin

Bedroht sind ab sofort:

- **Sexualaufklärungen von Schulklassen**
- **Gynäkologische Behandlungen von behinderten und genitalverstümmelten Frauen**
- **Muttersprachliche Schwangeren- und Elternkurse**

(Berlin) – Dem Familienplanungszentrum – BALANCE (FPZ) in Lichtenberg drohen dauerhafte Mittelkürzungen in Höhe von 15.000 Euro pro Jahr, rückwirkend zum 1. Januar 2013 - also eine Kürzung im laufenden Etat ohne Ankündigung und Planungssicherheit!

Beschlossen hat dies die zuständige Senatsverwaltung Gesundheit und Soziales, ohne diesen Schritt genauer zu begründen. Die eingesparten Mittel sollen für ein kirchliches Projekt zur psychologischen Versorgung wohnungsloser Frauen verwendet werden. „Wir unterstützen ein solches Beratungsprojekt, doch warum ausschließlich bei zwei vornehmlich Frauenprojekten gekürzt wird, und nicht nach dem ‚Gießkannenprinzip‘ oder andere geeignete Fördertöpfe genutzt werden, ist uns unverständlich“, betont Sybill Schulz, Geschäftsführerin und fachliche Leiterin des FPZ. Bereits dreimal in den vergangenen Jahren wurden die Mittel für das FPZ um jeweils 3 Prozent gekürzt, wobei sich die Zahlen von Nutzer_innen und Klient_innen des Zentrums seit dem Jahr 2000 auf rund 10.000 pro Jahr verdoppelt haben. Das FPZ offeriert seit 20 Jahren ein breites Spektrum an niedrigschwelligen Angeboten zur Versorgung von unterschiedlichen Zielgruppen der Stadt, zunehmend mehr in der Aus- und Fortbildung von Multiplikator_innen, weil der Bedarf an derartigen Leistungen im eigenen Hause nicht mehr zu decken ist.

Schulz fordert eine umgehende Rücknahme der Kürzungen sowie die Anpassung der Personalgehälter an die im öffentlichen Dienst üblichen Tarife. Aufstockung statt Kürzung ist die Forderung unseres multidisziplinären Projektes seit Jahren. Gehälter wurden auf den Stand von 1997 eingefroren und unvertretbar niedrige Honorarsätze gezahlt.

400 Präventionsveranstaltungen für Kinder und Jugendliche finden jährlich im FPZ statt. Die Schulklassen kommen aus ganz Berlin, von Marzahn bis Spandau und aus Bezirken mit hohem Migrant_innenanteil wie Neukölln und Kreuzberg. Täglich werden zwei bis drei Klassen mit Schüler_innen im Alter von 6 bis 16 Jahren aufgeklärt und Lehrer_innen sexualpädagogisch begleitet. Diese niedrigschwelligen Gruppenberatungen sorgen dafür, dass Kinder und Jugendliche lernen, selbstbestimmt mit ihrem Körper umzugehen, ihre Grenzen zu benennen und sich zu schützen vor sexuellem Missbrauch, ungewollten Schwangerschaften und sexuell übertragbaren Krankheiten. Ein Wegfall der Mittel würde dieses Präventionsangebot massiv gefährden.

Auch andere zielgruppenspezifische Leistungen werden aufgrund der Streichungen kaum noch aufrechtzuhalten sein: Im Jahr 2009 wurde das Zentrum mit dem Gütesiegel PQ Sys zertifiziert, in 2011 mit dem Signet „Berlin barrierefrei“ prämiert und der medizinische Bereich mit umfangreichen öffentlichen Geldern behindertengerecht ausgebaut. In den Räumen wurden im letzten Jahr rund 100 Frauen mit geistiger, körperlicher oder mehrfacher Behinderung gynäkologisch versorgt. „Wenn wir aufgrund der Kürzungen an Personal sparen müssen, können wir die umgebauten Räume nicht nutzen und die Versorgungslücke in der Stadt nicht mehr schließen.“, sagt Sybill Schulz und verweist auf konkrete Zahlen: Die Untersuchung einer behinderten Frau kostet rund 200 Euro, je nach Art der

Behinderung und psychischer Belastung der Frau. Davon übernehmen lediglich 68 Euro die Krankenkassen. Da es oft aber mehrerer vorbereitender Beratungsgespräche bedarf, bleibt eine Finanzierungslücke, die das FPZ bislang über die jährliche Senatsförderung gedeckt hat.

Das Zentrum bietet seit mehr als 10 Jahren eine niedrigschwellige muttersprachliche Beratung für Frauen unterschiedlicher Herkunft an. Dazu zählen u.a. der Elternkurs ‚Starke Eltern – starke Kinder‘ auf Spanisch sowie Geburtsvorbereitungskurse in russischer Sprache.

„Dass staatliche Aufgaben immer stärker Einzelpersonen oder Vereinen aufgedrückt werden ohne adäquate finanzielle Ausstattung, ist unverantwortlich“, so Vorstandsfrau Dr. Gabriele Halder. Eine gute muttersprachliche Versorgung von sozial benachteiligten Gruppen sei nicht nur eine Frage der Chancengleichheit, sondern auch ein Muss für eine kosmopolitische Stadt wie Berlin. Insofern seien die Kürzungen ein Affront gegenüber Migrant_innen und ein falsches Signal für die Sozial- und Gesundheitspolitik der Stadt.

Die beschlossenen jährlichen Mittelkürzungen werden im Budget des Familienplanungszentrum - BALANCE eine Reduzierung oder gar einen kompletten Wegfall dieser Leistungen zur Folge haben.

Fragen der Presse beantwortet Sybill Schulz, Geschäftsführerin des Familienplanungszentrum – BALANCE unter Tel. 030/236 236 842 (Mobil: 0163/6695161) oder per Email: schulz@fpz-berlin.de.